

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Bemerkung
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 279.

Freitag, 1. Dezember 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Klein und Groß, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasantenstraße 50. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Producentenhändlers **Franz August Adalbert Liebe** in Riesa ist, da sich ergeben hat, daß eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist, vom königlichen Amtsgerichte hieselbst heute eingestellt worden.

Riesa, am 29. November 1893.

Aktuar **Verlach**,

Geriichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

In dem Hause **Marktstraße Nr. 3** hieselbst ist eine **Wohnung** zu vermieten. Besuche um Ueberlassung derselben sind in der Rathsexpedition anzubringen.

Riesa, den 30. November 1893.

Der Stadtrath.

J. B.: **Schwarzenberg**, Stadtrath.

Bekanntmachung.

Mit Schluß dieses Jahres scheiden die Herren **Thieme, Thalheim, Donat, Branne, Schüge** und **Wunder** aus dem Stadtorordneten-Kollegium aus. Es sind daher 4 anständige und 2 unanständige Bürger in das Stadtorordneten-Kollegium neu zu wählen.

Die Inzeratensteuer.

In der Dienstag-Sitzung des Reichstags hat der Abg. Dr. v. Frege der Regierung angelegentlich den Plan einer Inzeratensteuer empfohlen und auch Herr Hofrath Dr. Wehnert in Dresden schwärmt lebhaft für dieselbe. Da nun von den Steuerprojecten der Regierung keineswegs mit Sicherheit behauptet werden kann, daß sie sämmtlich glatt das Ziel passiren werden, ist es nicht ausgeschlossen, daß nebst anderen Plänen der Inzeratensteuer ernstlich in Frage kommen kann. Es ist daher an der Zeit, die Berechtigung oder Nichtberechtigung einer Inzeratensteuer näher in Augenschein zu nehmen.

Die Zeitung ist heutzutage das tägliche geistige Brod jedes Menschen geworden. Die Presse ist das Bindeglied, das Uebertragungsmittel des geistigen Fortschritts; sie ist im vollsten Sinne des Wortes ein Pionier der Kultur. Diese Thatsache hat in allerjüngster Zeit kein Anderer anerkannt als der — Finanzminister Miquel! Auf dem Schriftstellerstage in Frankfurt a. M. erklärte er die Presse für das „wichtigste Bildungsmittel der Zeit“. Sollte derselbe Finanzminister, dem ja, wenn nicht dem Namen so doch der That nach, die Reichsfinanzen unterstehen, der Besteuerung dieses „wichtigsten Bildungsmittels“ zustimmen?

§ 30 des Pressegesetzes bestimmt, daß außer der allgemeinen Gewerbesteuer keine besondere Besteuerung der Presseerzeugnisse stattfinden, insbesondere kein Zeitungsstempel und keine Inzeratenabgabe erhoben werden soll. Nicht ohne triftige Gründe ist man zu diesem Entschluß gelangt. Der Inzerate bedarf keineswegs bloß der reiche Mann, sondern eben so der Arme, der wirtschaftlich Schwache. Daß nicht der Zeitungserleger die Inzeratensteuer tragen kann, liegt auf der Hand, denn viele Zeitungen bringen heute schon gar keine oder nur eine geringe Rente. Die Steuer muß also auf die Interessenten abgewälzt werden; die Folge ist eine durchaus ungebührliche Doppelbesteuerung für diejenigen, die durch Gewerbesteuer und dergleichen ihren Tribut in diesem Falle doch schon dargebracht haben. Gelingt es aber der Zeitung nicht, die Steuer zu überwälzen, und dieser Fall ist bei der heutigen scharfen Konkurrenz der Zeitungen der wahrscheinlichste, so trafe die Doppelbesteuerung in geradezu unerträglich scharfer Form die Verleger der Zeitungen.

Untersuchen wir, in welcher Weise die Inzeratensteuer sich praktisch geltend machen würde.

Entweder die Zeitungen erhöhen den Inzerationspreis, so nimmt naturgemäß die Anzahl der Inzerate ab. Die Einnahme des Blattes vermindert sich; es bleibt den Zeitungen nichts übrig, als den Bezugspreis zu erhöhen. Wollen aber die Zeitungen aus berechtigter Furcht nicht zu einer Erhöhung des Inzerationspreises greifen, so bleibt ihnen ebenfalls nichts übrig, als den Abonnementspreis des Blattes zu erhöhen. Die Steuer trifft also in beiden Fällen ganz Unberühligte, die Abonnenten. Noch einen dritten Ausweg giebt es aus diesem Labyrinth, indem man an der Zeitung selbst spart, natürlich auf Kosten der Güte des Blattes.

Auch in diesem Falle haben die Abonnenten den Schaden, nicht die Inzerenten, welche doch getroffen werden sollen. Die Methode, den Saft zu schlagen, während man den Hohlmeint, ist aber für die Steuerpolitik unvorwendbar.

In der That finden wir, daß die Inzeratensteuer sowohl in der Theorie als in der Praxis unbedingt verworfen wird. In England, wo sie eine Zeit lang bestand, hat man sie im Jahre 1853, in Oesterreich 1874 aufheben müssen. Dieser praktischen Verurtheilung schließt sich die theoretische rückhaltlos an. Köpfer (Lehrbuch der Finanzwissenschaft) betont besonders, daß gerade neue, also noch wenig steuerkräftige Unternehmungen der Annoncen am meisten bedürfen. Knies in Heidelberg bezeichnet die Steuer in seinen Vorlesungen über Finanzwissenschaft als falsch, da auch solche davon getroffen würden, welche die Annonce nicht zum Gewinn benutzen. In Bluntshil's Staatswörterbuch warnt Brater davor, den Unheimlichkeiten die Benutzung eines unerlehligen Bildungsmittels zu erschweren; Geheimere Oberrechnungsrath Bode erklärte in seinem Werke über „Abgaben, Auflagen und Steuer“, daß eine Abgabe von Anzeigen in Zeitungen gar keinen Sinn habe, und Voegen von Stein nannte diese Steuer die „irrationalste Konsumsteuer“. Der Münchener Rechtslehrer Seydel verwirft sie vom steuerpolitischen, wie vom polizeilichen Standpunkt, der württembergische Ministerialdirektor Schall erklärt sie für eine irrationale Inzertsteuer zur Gewerbesteuer, und Pfeiffer urtheilt in seiner Schrift über die „Staatsentnahmen“, der Staat solle der Presse keine Bebrängungen in den Weg legen, sondern vielmehr ihr Vorkurs leisten. Zuerst und am energischsten aber verwirft diese Steuer der Volkswirth Vitz, weil sie die tägliche geistige Nahrung des Volkes vertheuert und die Presse dazu verführt, sich für den pekuniären Ausfall auf andere, vielleicht unläuterere Weise schadlos zu halten, weil sie an das Ungleiches schablonenhaft den gleichen Maßstab anlegt, und den Armen, der Beschäftigung sucht, ebenso trifft, wie den Reichen, der seinen Besitz veräußern will, weil sie ferner die Presse mehr und mehr dem Großkapital in die Hände treibt, die Verbindung dieser beiden Mächte bewirkt und dadurch ihren Einfluß potenzirt.

Also fort mit dem Plan einer Inzeratensteuer!

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der Kaiser hat sicherem Vermögen der „R.-B.“ nach die Nachricht von dem am Sonntag erfolgten Eintreffen der Höllemaschine im Zivilkabinett erst am Dienstag Morgen, als er sich zur Jagd in Neugattersleben befand, durch den Chef des Zivilkabinetts, Geheimrath von Lucanus, erhalten. Dem Reichskanzler oder dem Auswärtigen Amte war bis dahin eine bezügliche Nachricht des Zivilkabinetts nicht zugegangen.

Hinsichtlich der neuen Steuerentwürfe wird der „Börs.-Ztg.“ zufolge jetzt angenommen, daß die Quittungssteuer mit großer Mehrheit abgelehnt werden wird; auch die Weinsteuer wird fallen. Was die Tabakfabriksteuer anbelangt, nimmt

Die vorgenannten Herren sind mit Ausnahme des von hier verzogenen Herrn Thieme wieder wählbar.

Herr Donat wird aber nur als unanständiger Bürger in Frage kommen können, da er nicht mehr Grundstücksbesitzer ist.

Die Wahl findet

Montag, den 11. Dezember 1893

in der Zeit von Vormittags 10 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr im hiesigen Rathhaussaale statt.

Riesa, am 1. Dezember 1893.

Der Stadtrath.

J. B.: **Schwarzenberg**, Stadtrath.

3.

Der Bedarf an Milch, Fleisch, Back- und Colonialwaaren für Mensage und Consum wird auf das Jahr 1894 neu vergeben. Lieferungsangebote mit Preisangabe, versiegelt, werden bis 10. Dezember angenommen. Lieferungsbedingungen liegen im Verwaltungsgeschäftszimmer — Kasernen II. Etage Nr. 51 — aus.

Komdo. der 2. Abth. 3. Feld-Art.-Regts. Nr. 32.

Bekanntmachung.

Revolver gefunden worden, was hiermit bekannt gegeben wird.

Weida, den 29. November 1893.

Die Ortspolizeibehörde.

Schlag.

man an, daß die Socialdemokraten, die freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und die Antisemiten geschlossen ferner je ein Drittel der Nationalliberalen und des Centrums gegen jede erweiterte Besteuerung des Tabaks und grundfänglich gegen die Fabriksteuer zu stimmen entschlossen sind. Die Entscheidung über diese Steuer würde danach bei dem übrigen Theile des Centrums liegen.

Auch in einer Versammlung von Berliner Anarchisten kamen die Nordonschläge zur Sprache. Einer der Anarchisten führte aus, die Anarchisten hätten damit nichts zu thun. Ueberhaupt sei es noch sehr fraglich, ob die Patrone Dynamit enthalten habe. Wer sollte denn dem Grafen Capriotti nachstellen, mit dem sich doch leidlich auskommen lasse? Graf Capriotti habe sicherlich keine Feinde. Der Redner betonte nochmals, daß die Anarchisten mit dem Anschlag nichts zu thun hätten, und daß man ihn daher auch wohl nicht zum Anlaß zu Ausnahmegeetzen gegen die Anarchisten nehmen werde. Ein anderer Anarchist wollte das doch sehr dahingestellt sein lassen. Jedenfalls solle man vorsichtig sein, da der „Spul des Ausnahmegesetzes schon umgehe.“

Der Senatorenkonvent des Reichstages entschied gestern, daß die Reformpartei unter Zurechnung der Wilden Bruckmeier, Ahlwardt und Dr. Sigl bei der Zusammenfassung der Kommissionen berücksichtigt werden sollte. Ferner wurde beschlossen, zuerst die Steuergesetze, dann den Finanzplan zu beraten. Die erste und zweite Beratung des Jesuiten-antrages soll morgen erfolgen. — In der gestrigen Sitzung der Handelsvertragskommission waren anwesend die Staatssekretäre Freiherr v. Marschall und v. Boetticher, sowie der preussische Handelsminister Freiherr v. Berlepsch. Die Beratung erstreckte sich zunächst auf den von Staudy geäußerten Wunsch nach weiterem statistischen Material. Seitens der Regierung wurde zugesagt, nach Möglichkeit eine solche Aufstellung zu beschaffen. Artikel 1 bis 7 der spanischen Verträge wurden erledigt.

Vom Reichstag. Der Reichstag setzte gestern die erste Beratung der Etats fort. Abg. Zimmermann (Antif.) meinte, die Regierung vernachlässige die Interessen des Mittelstandes, bekämpfte die Steuerprojecte und beschränkte die stärkere Heranziehung der Börse, ferner eine progressive Erbschaftsteuer und Einkommensteuer. „Die Behauptung der „Norddeutschen“, daß vom Antisemitismus allein keine Partei leben könne, weil kein normaler Mensch das ausschalten könne, ist falsch. Auch wir sehen nicht Alles aus dem Quodloch der Judenfrage an, die wir nur für eine der großen Reformfragen halten, die die Gegenwart bewegen. Nicht dem Antisemitismus fehlen starke geistige Potenzen, sondern dem neuen Kurse. Schreiten wir auf dem jetzigen Wege fort, so treiben wir eine Politik wie gewisse Leute vor der französischen Revolution und treiben viele Existenzen in das rothe Lager hinüber, wo man ihnen ja bereitwillig die Arme öffnet. Herr Veibel hat Recht, das Steuerprogramm der Regierung wirkt revolutionär. Deshalb bekämpfen wir es. Werden die Steuern in dieser Form durchgesetzt, dann wird ein Sturm des Unmuthes durch das